



Hauptausschuss (20.) und Innenausschuss (15.) (zu TOP 1)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

19. Oktober 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:30 Uhr

12:40 Uhr bis 14:10 Uhr

Vorsitz: Werner Jostmeier (CDU) (HPA)

Protokollerstellung: Heike Niemeyer

Verhandlungspunkt:

1 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen (Verfassungsschutzgesetz Nordrhein-Westfalen - VSG NRW)

1

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2211

Öffentliche Anhörung

Der Ausschuss führt eine öffentliche Anhörung zu dem Thema durch. Den Statements der Sachverständigen schließen sich Nachfragen von Abgeordneten an. Die Seitenzahlen auf der nächsten Seite kennzeichnen den Beginn der Statements.

Institution	Redner-/in	Stellungnahme	Seiten
Universität Bielefeld, Fakultät für Rechtswissenschaft	Prof. Dr. Christoph Gusy	14/629	1, 31
Ruhr-Universität Bochum, Juristische Fakultät	Prof. Dr. Stefan Huster	14/641	4, 32, 36
Prof. Dr. Wolfgang Roth, LL.M., Rechtsanwalt, Bonn	Prof. Dr. Wolfgang Roth	14/645	6, 33
Prof. Dr. Erhard Denninger, Königstein		14/640	
Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege, Berlin	Prof. Dr. Martin Kutscha		8, 34
Prof. Dr. Kyrill Schwarz, Dinkelsbühl	Prof. Dr. Kyrill Schwarz	14/650	11, 30, 37
Bundesamt für Verfassungsschutz, Köln	Dr. Gunter Warg	14/639	16, 35, 37
Humanistische Union, Berlin	Dr. Fredrik Roggan, Rechtsanwalt, Stellvertretender Bundesvorsitzender	14/628	18, 39
Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Nordrhein-Westfalen	KHK Klaus Wiescher	14/636	20
Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit	Bettina Sokol	14/625	23

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007) 41

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2300

Einzelberatung der Haushaltsansätze, Zuständigkeitsbereich des Hauptausschusses

Einzelplan 01 - Landtag 41

(Keine Diskussion)

Einzelplan 02 - Ministerpräsident 41

und

Einzelplan 15, Kapitel 15 081 - Landeszentrale für politische Bildung 41

Der Ausschuss diskutiert über die Themen „Unterstützung der deutschen EU-Ratspräsidentschaft“, „Politische Schwerpunktsetzung“, „Medien“, „Landesvertretung Brüssel“, „Reduzierung von Transferleistungen“, „Personalhaushalt der Staatskanzlei“, „EU-Mittel und Kofinanzierung“ und „Landeszentrale für politische Bildung“.

3 Gesetz zur Regelung der Ladenöffnungszeiten - Ladenöffnungsgesetz - LÖG NRW) 48

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2478

- Verfahrensvereinbarung

4 Zweiter Probelauf des Subsidiaritätsnetzwerks des Ausschusses der Regionen (AdR) 48

Vorlage 14/680

- Ausführliche Diskussion über das Verfahren

5 Verschiedenes 53

(Keine Diskussion)

Zuständigkeit im Assistenzbereich zu konzentrieren, was angesichts der verstärkten Aktivitäten der Landesvertretung unabdingbar sei. Insgesamt bedeute dies auch einen Schritt in Richtung der angestrebten effizienteren Arbeit der Landesvertretung.

3 Gesetz zur Regelung der Ladenöffnungszeiten - Ladenöffnungsgesetz - LÖG NRW)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2478

- Verfahrensvereinbarung

(vom Plenum am 13. September 2006 zur federführenden Beratung an den Wirtschaftsausschuss sowie zur Mitberatung unter anderem an den Hauptausschuss überwiesen)

Vorsitzender Werner Jostmeier teilt mit, der federführende Wirtschaftsausschuss werde sich abschließend am 7. November mit dieser Thematik auseinandersetzen. Da er nicht davon ausgehe, dass es dem Hauptausschuss gelingen werde, einen zusätzlichen Sitzungstermin zu finden, schlage er vor, sich an der genannten Sitzung des Wirtschaftsausschusses zu beteiligen.

Wolfram Kuschke (SPD) erinnert an die in der letzten Sitzung des Hauptausschusses von seiner Fraktion formulierten Anforderungen an eine ordnungsgemäße Beratung, zu denen eine Auswertung der Anhörung, das Protokoll etc. gehörten. - Dies werde gewährleistet, erwidert der **Vorsitzende**. Im Übrigen wäre es denkbar, dass der Hauptausschuss zehn Minuten vor der Sitzung des Wirtschaftsausschusses zusammenkäme, um zu votieren.

4 Zweiter Probelauf des Subsidiaritätsnetzwerks des Ausschusses der Regionen (AdR)

Vorlage 14/680

Vorsitzender Werner Jostmeier ruft in seiner Eigenschaft als Mitglied des Ausschusses der Regionen die Verständigung darüber ins Gedächtnis, an dem zweiten Probelauf als Landtag Nordrhein-Westfalen teilzunehmen, bedankt sich bei Landtagspräsidentin van Dinther für deren positive Entscheidung und bei der Staatskanzlei sowie Minister Breuer für deren angekündigte Unterstützung.

Der zweite Testlauf diene zur Erprobung des Netzwerkes des AdR, unter anderem dazu herauszufinden, ob die von der Europäischen Union vorgegebene Frist von sechs Wochen zur Subsidiaritätskontrolle ausreiche oder zu Schwierigkeiten führe und, wenn ja, zu welchen, zweitens dazu, die Mitwirkung bei der Formulierung von Richtlinien der Europäischen Union zu praktizieren, und drittens dazu festzustellen, in welcher Weise die

